

## DAS HEUTIGE WÄHRUNGSPROBLEM IN NORDCHINA

VON MANFRED VON BUSCH

Waren die Sorgen Japans um den Wirtschaftsaufbau in Nordchina am Jahresschluß 1938 auch recht groß gewesen, so blieb doch der Aufbauwille der Japaner ungebrochen. Der Weg, den dieser Wille ging, mag manchenmal gewunden erscheinen, an maßgebenden japanischen Militärstellen war aber nichts davon zu merken, daß man dort entgegen allen Bedenklichkeits-erklärungen seitens japanischer wie fremdländischer Wirtschaftler und Finanzsachverständiger an den angewandten Methoden oder gar dem erstrebten Ziele zweifeln wollte. Es kann auch nicht behauptet werden, daß diese Militärstellen sich auf ihre eigene Wissenschaft allein versteift hätten und mit aller Gewalt nur das durchzudrücken versuchten, was ihnen allein richtig erschien. Die Fühlung über die nordchinesischen Fragen zwischen Militär und Wirtschaft blieb in Tōkyō eine ständige, wenn sie auch durchaus nicht immer zu einem Gleichklang der Meinungen führte. Im Rahmen dieser Fühlung und durchaus dem Plan der japanischen Militärstellen entsprechend wurde u. a. eine weitere einschneidende Maßnahme beraten und beschlossen, die schon bei ihrer Ankündigung der ostasiatischen Welt und darüber hinaus der übrigen interessierten Menschheit eine leise Ahnung von der Art des japanischen Aufbaues in China vermittelte — und damit in Ostasien überhaupt — soweit diese Art von der Welt bisher noch nicht erkannt worden war. Am 3. Januar 1939 brachten die nordchinesischen Blätter die Nachricht, daß die Provisorische Regierung zum 20. Februar eine Abwertung des Fapi (*fa-bi*<sup>1</sup>) um 30% plane. Das war ein recht energischer Zug gegen die Fapi-Währung sowohl, als auch gegen diejenigen, die bisher sich an diese Währung in Nordchina noch gehalten hatten. Nach dieser zweiten Abwertung sollte ein Fapi-Dollar nur noch 60 Sen<sup>2</sup> der Federal Reserve Bank-Noten wert sein. Die erste Abwertung vom 8. August 1938 beschränkte sich bekanntlich auf 10%, zu denen jetzt weitere 30% hinzukommen sollten. Man begründete auch diese Maßnahme damit, daß sie der Verbreitung der Yüan<sup>3</sup>-Noten dienen sollte. Gewiß war dies einer der Gründe, nicht aber der wichtigste. Es lag der japanischen Heeresführung in erster Linie daran, der Dschung-king<sup>4</sup>-Regierung und ihren Helfern, die in Nordchina in den Fremdenniederlassungen residierten und von dort aus das Aufbauwerk nach japanischer Auffassung störten, einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Es blieb ohne Bedeutung, daß auch diese neue Abwertung, wie die erste, den japanischen Handelsinteressen in China einen fühlbaren Schaden zufügte und nebenher — vor allem durch die dadurch verursachte Verwirrung auf dem örtlichen Markt — die Lebenshaltungskosten in ein neues Mißverhältnis sowohl zu den Verdienstmöglichkeiten der Bevölkerung als auch zu der Warenbelieferung brachte. Die japanischen Industrie- und Handelskreise erkannten sehr wohl, daß eine solche Verwirrung des nordchinesischen Marktes dessen Kaufkraft und Aufnahmefähigkeit weiterhin gefährdete, worunter in erster Linie Japan selbst leiden mußte. Es waren ihrer auch an Zahl und

Bedeutung nicht wenige Japaner, die im Glauben, der Heimat zu dienen, sich abmühten, im Chinahandel Devisen einzunehmen. Ihr Chinageschäft war ein glattes gewesen, solange Yen<sup>5</sup> und Fapi auf einem Kurs von 14 *d* zum Pfund pari standen. Auch der nordchinesische Yüan konnte sich zu diesem Kurse noch an das Geschäft anschließen, ohne aufzufallen, solange es gelang, ihn nominell mit dem Fapi und Yen auf dem Parikurs zu halten. Anders wurde es aber in dem Augenblick, in dem der Fapi auf den Stand von 8 *d* abrutschte. Da waren es zu allererst die Banken, die sich dagegen wehrten, die nordchinesischen Yüan-Noten zum hohen 14 *d*-Kurs entgegen zu nehmen, wenn ihnen Fapi-Noten zum niedrigen 8 *d*-Kurs ausreichend zur Verfügung standen, wodurch die japanische Einfuhr nach Nordchina ernstlich gefährdet wurde. Es hatte sich folgende Prozedur auf dem Festlande herausgebildet: in Mittelchina wurden Fapi-Dollar zum Kurse von 8 *d* gekauft und nach Nordchina verbracht, wo sie zum amtlichen Kurs von 14 *d* gegen Yen- oder Yüan-Noten der Reserve Bank eingewechselt wurden. Die Yen-Noten wurden dann wieder nach Schanghai gebracht, wo sie gegen Fapi-Dollar eingelöst wurden. Die Kursdifferenz mußten letzten Endes die japanischen Banken bezahlen, die keine Möglichkeit hatten, den Yen an den neuen mittelchinesischen Yüan im Kurse anzupassen, ohne die japanische Währung überhaupt zu schädigen. Diese Sachlage schmälerte ganz gewaltig auch den Erfolg, den Japan gerade um diese Zeit durch die Übernahme der Zollverwaltung in Schanghai zu buchen hatte. Die Waffe, die Japans Generalstab in Nordchina gegen Chinas Währung geschmiedet hatte, richtete sich jetzt schon gegen den japanischen Yen selbst. Es läßt sich denken, daß die japanischen Kreise triumphierten, die vor diesem Experiment gewarnt hatten.

Da nun aber keine Möglichkeit bestand, die Neuordnung in Nordchina aufzuheben oder rückgängig zu machen, richteten sich die Bemühungen der interessierten japanischen Kreise dahin, eine Ausdehnung des Wirkungs- oder Gültigkeitsbereiches des nordchinesischen Yüan auf andere als nordchinesische Gebiete zu verhindern. Es konnte unter diesen Umständen nicht ausbleiben, daß die sich gegen die Methoden der japanischen Militärstellen richtende Stimmung in japanischen wie in Ausländerkreisen einen hemmenden Einfluß auch auf die Außenhandelstätigkeit Nordchinas ausübte. Dadurch war aber und bleibt auch der Deviseneingang der Federal Reserve Bank beschränkt. In unterrichteten Handelskreisen sprach man schon Anfang Januar 1939 davon, daß die japanischen Militärbehörden zur Behebung der Schwierigkeiten im Deviseneingang und zur Brechung des gegen die Yüan-Noten gerichteten Widerstandes in Nordchina die vollständige Kontrolle des Außenhandels — oder mit anderen Worten das Außenhandelsmonopol — einzuführen beabsichtigten. Danach sollten Ausfuhrgenehmigungen nur an Firmen ausgegeben werden, die in Devisen bei der Yokohama Specie Bank oder der Federal Reserve Bank einzahlten, während die Einfuhr stark gedrosselt werden sollte. Diese Maßnahme hätte sich mit dem gleichen Erfolg verwirklichen lassen, wie z. B. die mit dem 5-Millionen-Fonds der Yokohama Specie

Bank, von dessen praktischer Anwendung übrigens nichts vernommen werden konnte, wenn das nordchinesische Gebiet ein gegen die Umwelt ebenso deutlich abgegrenzter Teil der Welt wäre, wie etwa Altjapan. So aber konnten auch die besten japanischen Truppen es nicht verhindern, daß ganze Teile des nordchinesischen Gebietes nicht nur ihr eigenes Leben führten, sondern auch in engster und ständiger Verbindung wirtschaftlicher und politischer Natur mit dem unbesetzten Gebiet verblieben, wodurch nicht allein die Zollerfassung gestört, sondern auch der Aufbau im gesamten Gebiet zum Stocken gebracht wurde. Es wäre ein Fehler, wollte man diese Erscheinung allein auf die Unterstützung seitens der Fremdenniederlassungen zurückführen, die diese der Fapi-Währung angedeihen ließen. Seine eigentliche, unfaßliche, weil nicht materielle, Nahrung erhielt dieser Widerstand nicht von fremdländischer Seite, sondern von dem nationalen Bewußtsein der Chinesen. Die politische Vorarbeit, die Nationalchina im Norden in den letzten Jahren vor dem Einrücken der japanischen Truppen geleistet hatte, reichte vollauf aus, um die Leitung des Widerstandes und damit der Störungsarbeit an den japanischen Plänen nach erfolgtem Rückzug der chinesischen Truppen vor dem Feinde den örtlichen Stellen zu überlassen. Die Nationalregierung hatte sich hierin nicht verrechnet. Häufig ist in den zweieinhalb Jahren des ostasiatischen Krieges, besonders von ausländischer militärischer Seite, die Rolle und Bedeutung der chinesischen Freicorps (*I-yung-gün*<sup>6</sup>) im Rücken der japanischen Truppen als geringfügig bezeichnet worden. Die Arbeit, die sie in dieser Zeit geleistet haben — nicht durch Zerstörung von Brücken, Straßen, Bahnlinien — zeigt sich am deutlichsten in den Schwierigkeiten, mit denen die Federal Reserve Bank zu kämpfen hatte. Nicht die militärische Vernichtung feindlicher Truppen war ihre Hauptaufgabe, sondern das Wachhalten des nationalchinesischen Geistes gegen die einschläfernde Propaganda des Gegners, gegen die Aufbauarbeit der Japaner im besetzten Gebiet. Arbeiteten die Japaner mit dem Yen, so setzten die Chinesen diesem den nationalbewußten Arbeiter entgegen, setzten die Japaner den nordchinesischen Yüan ein, so entzogen die Chinesen den besetzten Gebieten die Rohstoffe, die für diesen Yüan gekauft werden sollten. Gruben ersoffen, Baumwollplantagen brannten aus oder wurden überschwemmt. Erze und Kohle blieben auf den Halden oder in der Erde, weil sich keine Arbeiter in ausreichenden Mengen fanden, um sie zu verladen oder zu fördern. „Krieg der verbrannten Erde“ (*Dsiau Tu Dschandscheng*<sup>7</sup>) nannten das die Chinesen, ein Krieg um die nationale Existenz des chinesischen Volkes war es.

Ein harter unerbittlicher Krieg: nicht an zwei sich gegenüberstehenden Fronten, sondern in einem ständigen Bewegungskrieg, der sich kaum noch um Frontbildung kümmert, kämpfen die Freicorps. Wichtig ist ihre Aufgabe, die militärischen Verbindungen zu stören, Waffen- und Munitionslager zu sprengen, noch wichtiger aber — die Störung der Arbeit der Federal Reserve Bank durch aktiven und passiven Widerstand. Nicht selten sind die Ermordungen von

Chinesen, die sich verleiten ließen, nordchinesische Yüan-Noten in Zahlung zu nehmen. Es spricht viel dafür, daß auf diese Rolle der chinesischen Freicorps in Nordchina das Scheitern des erwähnten Versuches der Provisorischen Regierung zurückzuführen ist, mit Hilfe der Entsendung japanischer Waren nach Schansi dem Yüan eine weitere Verbreitung zu verschaffen.

Die Arbeit der Freicorps deckte sich somit in diesem Zeitabschnitt mit den Interessen der Fremdländer. Im selben Maße, wie diese Gemeinsamkeit sich manifestierte, mußte auch die Reaktion darauf von japanischer Seite sich gegen die gemeinsamen Gegner wenden, auch wenn die fremdländischen Behörden sich mit Nachdruck offiziell von den chinesischen Freicorps zu distanzieren suchten. Es ist noch nicht restlos geklärt, ob die für den 1. Januar 1939 angesagte Revision des nordchinesischen Zolltarifs von der Provisorischen Regierung auf den März verschoben wurde, weil die amerikanische und englische Regierung dagegen Einspruch erhoben oder weil die sehr verworrenen Marktverhältnisse in Nordchina die eigentliche Ursache dazu waren. Die Revision, die zugunsten japanischer Waren die englischen, amerikanischen, französischen, holländischen u. a. mit wesentlich höheren Zollsätzen belegen sollte, blieb für den Januar aus. Zudem war das eine komplizierte Aufgabe, auch weil Fremdländer unmittelbar an der Technik der Zolleinzahlung beteiligt waren.

Es war unter diesen Umständen eine Überraschung, als der japanische Finanzminister Sataro Ishiwata einer großen japanischen Zeitung gegenüber erklärte, daß der Weg zur Lösung der zwei hauptsächlichsten Probleme auf dem Festlande nunmehr gefunden sei. Diese Probleme seien: die Einschränkung des japanischen Yenblock-Exports und das Währungssystem in Mittelchina. Der japanische Yenblockhandel werde nach Waren und Gebieten eingeteilt werden, um in einigen Fällen die Kontrolle zu verschärfen. Über das Währungssystem in Mittelchina äußerte der Minister, daß Japan keine Eile habe, dieses Problem zu lösen, da das System der Kriegsnoten zur Zufriedenheit arbeite. Ein konkreter Plan zur Lösung dieses Problems sei jedoch ausgearbeitet.

So wenig aufschlußreich diese Äußerungen im Hinblick auf die Ungeduld waren, mit der man in japanischen wie in fremdländischen Kreisen einer definitiven Einstellung entgegenharrte, so konnte doch aus ihnen erkannt werden, daß der Minister von einer Einschränkung der japanischen Ausfuhr nach dem „Yenblock“ sprach. Diese Äußerung berührte ein ungemein wichtiges Problem, dessen Lösung — je weiter die Zeit fortschritt und je mehr Erfahrungen in Tōkyō gesammelt wurden — um so schwieriger zu werden schien. Es wäre dem Minister Ishiwata sicherlich nicht schwer gefallen, die von ihm erwähnten Einschränkungen und ihre Notwendigkeit glaubwürdig zu begründen und sogar nachzuweisen. Aber ebenso leicht wäre es seinen Gegnern gewesen, das Gegenteil nicht nur ebenso glaubwürdig zu begründen, sondern auch mit täglich sich wiederholenden Beispielen aus der Praxis zu belegen. Dieser scheinbare Gegensatz erklärte sich aus der Verworrenheit der

Verhältnisse in Nordchina, die zu meistern Japan noch nicht möglich war, und zu deren Meisterung die von Ishiwata empfohlenen oder von ihm angeordneten Maßnahmen sich genau so gut eigneten, wie die seiner Gegner. Es ging hier um die Frage: soll die japanische Ausfuhr nach Nordchina gefördert, geduldet oder gesperrt werden? Für die Förderung sprach einmal die Überlegung, daß Japan sich dieses Gebiet erobert hatte, um daselbst sich einen neuen Absatzmarkt zu verschaffen und, zweitens, um Rohstoffe zu gewinnen, die seiner Industrie fehlten und die, aus Nordchina bezogen, Devisen sparen sollten. Schließlich mußte aber eine lebhafte Ausfuhr der japanischen Industrieerzeugnisse nach Nordchina Japan Arbeit und Gewinne verschaffen, und zwar der sog. „Friedensindustrie“, die an den Rüstungsgewinnen der letzten Jahre keinen oder nur einen sehr bescheidenen Anteil hatte. Dies alles waren die eigentlichen Kriegs- bzw. Besetzungsziele der japanischen Armee. Dagegen wurde aber angeführt, daß Japan seine, aus den so kostbaren, mit Devisen bezahlten Rohstoffen hergestellten Waren nicht in Landesteile verbringen dürfe, die ihm keine Devisen dafür geben können. Und daß Nordchina nicht in der Lage war, die japanischen Waren mit Devisen zu bezahlen, war seit der Einführung des nordchinesischen Yüan nicht mehr zu bezweifeln. Daran hat man in Japan auch nicht einen Augenblick geglaubt. Mit diesem vor der japanischen Wirtschaft stehenden Dilemma ist auch die Andeutung des Ministers Ishiwata bezüglich der Einschränkung des Exports nach dem Yenblock zu erklären. Die Andeutung war und sollte auch wahrscheinlich gar nichts anderes als ein Hinweis auf eine positive, praktische Lösung sein. Sie ließ nur erkennen, in welcher Richtung sich das japanische Kabinett damals die Lösung des Yenblockproblems dachte. So unbestimmt die Äußerung Ishiwata's war, so unschlüssig blieb auch die Haltung der Regierung in dieser Frage. Wie die Situation auch war, konnte die Regierung in Tōkyō nichts anderes tun, als abwägend warten.

Zunächst mußte abgewartet werden, was sich aus der Frage der Fremdenniederlassungen ergab. In dieser Richtung hatte sich die Situation in den letzten Monaten 1938 verschärft. Die japanischen Militärbehörden in Tientsin<sup>8</sup> hatten schon im Herbst 1938 alle dortigen japanischen Residenten aufgefordert, die beiden Fremdenniederlassungen zu räumen. Selbst solche bedeutenden Unternehmungen, wie die Yokohama Specie Bank, die Ōsaka Shosen und die Nippon Yusen Kaisha, die eigene große Gebäude in den Fremdenvierteln hatten, sollten bis Ende Januar 1939 ihre Geschäftsräume verlassen. Die japanischen Truppen hatten inzwischen schon mit der Blockade der Konzessionsgebiete begonnen und um diese mit Starkstrom geladene Barrikaden errichtet. Das Ziel dieser Maßnahmen war eindeutig: die Niederlassungen als Herd des Widerstandes gegen Japan, ja, aller Schwierigkeiten Japans in Nordchina mußten aus dem öffentlichen Leben als aktiver Faktor und aus dem politischen und wirtschaftlichen Aufbauprozess in Nordchina ausgeschaltet werden. In dieser Maßnahme erschien das erste Anzeichen dafür, daß Japan nötigenfalls auch gegen diejenigen Gewalt anwenden würde, die

sich seinen Plänen widersetzen sollten, selbst wenn diese Gegner in den Reihen der „Fremden“ mit allen ihren Vorrechten stehen. Es war diesmal mehr als eine Drohung.

Die Londoner Reaktion auf die Einführung der Außenhandelskontrolle in Nordchina ist sehr charakteristisch. In englischen Bankkreisen hörte man die Meinung, daß die Festsetzung des amtlichen Kurses von 14 *d* für den nordchinesischen Yüan, zu welchem die Provisorische Regierung ihre Außenhandelsgeschäfte abzuwickeln beabsichtigte, das Chinageschäft in größte Verwirrung bringe. „Man könne nicht erwarten, daß jemand eine Ware für 14 *d* verkauft, für die ein anderer nur 8 *d* verlangt“, äußerte eine maßgebende Persönlichkeit der Londoner Finanz. „Chinesische Guerillas“, sagte er, „sind dafür bekannt, daß sie die Chinesen erschießen, die sie im Besitz von Noten der Federal Reserve Bank antreffen“.

Diese Reaktion spricht für sich. Sie zeigt die Einstellung der Londoner City zu der neuen Entwicklung in Nordchina, gleichzeitig aber auch, daß die Chinesische Nationalregierung, britische Regierung und die City in der in Nordchina sowohl als auch gegenüber Japan überhaupt zu befolgenden Politik sich durchaus einig waren. Es blieb also bei der Ablehnung der japanischen Forderungen, ja, beim Widerstand gegen die japanischen Maßnahmen in Tientsin und anderswo in China. Das bedeutete aber für Japan, daß es bei seinen Versuchen, den Yüanblock aufzubauen, auch weiterhin mit allen möglichen Querschüssen von englischer Seite zu rechnen haben werde.

Es war keine übermäßige Hilfe, wenn in dieser gespannten Situation der Kredit an die Federal Reserve Bank, der vor einem Jahr von 15 japanischen Banken gewährt wurde, auf ein weiteres Jahr verlängert wurde. Das praktische Ergebnis dieses Kredits war im ersten Jahr in sehr bescheidenen Grenzen geblieben. Ganz ohne Frage wäre die Federal Reserve Bank nicht in der Lage gewesen, den Kredit zurückzuerstatten, wenn das japanische Bankenkonsortium ihn eingefordert hätte. Auf der anderen Seite wäre es der Bank lieber gewesen, und hätte auch die Finanzierung des Außenhandels Nordchinas ganz erheblich erleichtert, ja, zum Teil sogar erst ermöglicht, wenn zum ersten Geburtstage der Bank ein zusätzlicher Kredit, etwa in gleicher Höhe, gewährt worden wäre. Er blieb aber aus. Die japanischen Finanzen wiesen zu diesem Zeitpunkt schon insofern eine gewisse Anspannung auf, als die Preisentwicklung in Japan eine Richtung einschlug, die verschiedene ausländische Beobachter zu der Mutmaßung veranlaßte, daß sie bereits die Anzeichen der Inflation in sich trage. Hierin kann auch der Grund dafür vermutet werden, daß trotz der anerkannten Dringlichkeit der fertig ausgearbeiteten Pläne für den wirtschaftlichen und industriellen Aufbau in Nordchina ihre Verwirklichung immer wieder aufgeschoben wurde, und auch die Federal Reserve Bank keinen weiteren Kredit aus Japan als die Verlängerung des bereits gewährten erhielt.

Der angeführten Ansicht des britischen Geschäftsmannes über den Kursunterschied von 8 und 14 *d* je Yüan ist eine Äußerung gegenüberzustellen, die einige Tage später eine bedeutende japanische Zeitung aus Peping veröffentlichte, und in der es hieß: „Ausländische Firmen, die Waren aus Nordchina zum Kurse von 8 *d* für den Yüan ausführten, werden ihrer Vorrechte beraubt werden, die sie im Vergleich zu den japanischen und chinesischen Kaufleuten in Nordchina genossen, die ihre Waren gemäß dem offiziellen Kurse von 14 *d* ausführen müssen“. Hier ist zu bemerken, daß mit der Einführung des nordchinesischen Yüan in Nordchina den japanischen und zum Teil auch den chinesischen, im japanischen Einflußgebiet verbliebenen Kaufleuten zunächst die moralische und später die gesetzliche Pflicht auferlegt wurde, den amtlichen Kurs des Yüan nicht nur anzuerkennen, sondern sich an ihn auch praktisch, bei der Tätigkeit von Auslandsabschlüssen, zu halten. Diese Bestimmung hatte zur Folge, daß die japanischen und chinesischen Firmen in um so bedeutendere Nachteile gerieten, je größer der Kursunterschied zwischen Yüan und Fapi wurde, den die ausländischen, den Bestimmungen der Provisorischen Regierung nicht unterworfenen Firmen zu ihren Gunsten ausnutzen konnten. Die neuen Bestimmungen schränken zwar den nordchinesischen Außenhandel recht erheblich ein, beseitigten oder überwandten aber keineswegs den Kursunterschied und die daraus für die japanischen Kaufleute sich ergebenden Nachteile. Es entstand dadurch vielmehr für die Provisorische Regierung selbst eine Gefahr, die noch vor wenigen Monaten ein Vorteil für Japan gewesen war, den die japanischen Kaufleute auch weitestgehend auszunutzen verstanden haben, — die Gefahr des Schmuggels nach Nordchina. Diese, für die Provisorische Regierung ebenso wie für die Schöpfer der Federal Reserve Bank lästige Gefahr mußte um so bedenklicher sein, als die Landesgrenzen — wie schon erwähnt — nach dem Innern des Chinesischen Reiches in keiner Weise festgelegt waren, somit also an einen geregelten Zollverkehr selbst nach solchen, von japanischem Einfluß nominell erfaßten Gebieten, wie das von Sui-yüan<sup>9</sup>, nicht zu denken war. Notdürftig konnte gegebenenfalls der Zollverkehr über die Seezollämter geregelt werden. Und selbst nach japanischen Angaben war eine Zunahme des Schmuggels längs der Schantung-Küste und der Landgrenze zu erwarten<sup>a</sup>. Dieses Eingeständnis zeigte auch, daß sich die japanischen Behörden auf einen bedeutenden Rückgang und nicht unwesentliche Verluste aus dem Außenhandelsposten Nordchinas mit allen nachteiligen Folgen wie Ausfall an Devisen, Rückgang der Zolleinnahmen, Preissteigerungen im Lande u. ä. gefaßt machten.

Aber ungeachtet dieser wenig ermunternden Lage ließ sich Tōkyō von seinen Festlandsplänen nicht abbringen. Anfang März 1939 verlautete, das japanische Kabinett habe beschlossen, Verbindungsbüros des Asien-Amtes in Peping für Nordchina, Schanghai — für Mittelchina, Kalgan<sup>b</sup> — für die Mongolei

<sup>a</sup> Vgl. auch Albert T. Lu [Lu Tung-ping<sup>10</sup>]: The Unabated Smuggling Situation in North China [= Information Bulletin, Vol. 1, Number 11, August 21, 1936]. Nanking, Council of International Affairs. 30 SS. in gr. 8°.

<sup>b</sup> Mongolisch korrekt *xagalgan* (*x* = deutsch „ch“!): „Pforte“ — nämlich in der Großen Mauer; chinesisches heißt die Stadt Dschang-gia kou<sup>11</sup>.





und Amoy — für Südchina zu schaffen. Zu Direktoren wurden entsprechend ernannt: Gen.-Major Seiichi Kita, Konteradmiral Nakuni Nomura und Gen.-Major Takashi Sakai. Das Büro in Tsingtau<sup>12</sup> wurde Gen.-Major Kono übertragen. Über die Aufgaben dieser Büros wurde zunächst noch nichts gesagt, doch war anzunehmen, daß sie hauptsächlich zur Überleitung der Verwaltung aus den Händen der Militärstellen in zivile bestimmt waren. Einige Tage später wurde amtlich in Tōkyō mitgeteilt, daß ein „China-Rat im japanischen Kabinett gebildet worden sei“, der die japanische Politik gegenüber China zu leiten haben werde. Nach dieser Mitteilung sollte der China-Rat ein Beratungsorgan, zur Verfügung des Ministerpräsidenten, sein, dessen Aufgabe in der Ausarbeitung der Politik gegenüber China gedacht war. Der Ministerpräsident soll Präsident des Rates, die mit der Chinapolitik unmittelbar befaßten Minister Mitglieder sein. Die allgemeinen chinesischen Angelegenheiten des Rates sollten von dem innerhalb des Kabinetts zu bildenden „China-Amt“ betreut werden. Der Generalsekretär des China-Rates würde gleichzeitig Direktor des China-Amtes sein. Das China-Amt müsse je eine Abteilung für Politik, Wirtschaft und Kultur haben. Der Posten des Direktors des China-Amtes war einem Kabinettsminister zugedacht. Sachverständigenausschüsse sollten zur Bearbeitung von Fragen der öffentlichen Kraftanlagen, der Industrie und der Finanzen eingesetzt werden. Für die Bildung des neuen Amtes wurden Ausgaben in Höhe von 800 000 Yen vorgesehen.

Obgleich in dieser Mitteilung schon angedeutet war, daß vermutlich der Außen- oder der Marineminister mit dem Amt des Direktors des China-Amtes betraut werden würde, — also nicht der Kriegsminister oder eine andere, aus den Armeekreisen stammende Persönlichkeit — so hatte doch die Schaffung dieses neuen Amtes, das so oder anders einen Teil der Aufgaben des Außenministeriums übernehmen mußte, beim japanischen Außenministerium nicht nur Mißtrauen, sondern Mißmut gegen den Übergriff der japanischen Militärstellen in die Angelegenheiten des Außenministeriums — wie man die Schaffung dieses Amtes in Kreisen des Außenministeriums bezeichnete — geweckt. Selbst in der japanischen Presse wurde berichtet, daß das Außenministerium sich widersetzen würde, wenn der China-Rat mit der Durchführung wirtschaftlicher oder politischer Aufgaben betraut würde. Für diese Angelegenheiten sei das Asien-Büro des Außenministeriums zuständig. Zwecks Durchführung der künftigen wirtschaftlichen Aufgaben in China könnte innerhalb des Außenministeriums ein besonderes Büro gebildet werden, andernfalls würde die chinesische Souveränität beeinträchtigt werden.

Kann man auch annehmen, daß dem japanischen Außenministerium an der chinesischen Souveränität durchaus nicht soviel gelegen war, als daß es diese zum Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen mit dem Kriegsministerium und seinem Anhang gemacht hätte, so ist auf der anderen Seite klar zu erkennen, daß die Ansichten des Außenministeriums in Tōkyō und diejenigen der Militärkreise über den künftigen Aufbau in China sehr weit auseinandergingen. Hier kam deutlich zum Ausdruck, was sehr weite Kreise Japans schon

seit dem Ausbruch des Krieges in China bewegte, und was, je länger der Krieg andauerte, um so präzisere Formen annahm und in zunehmender Zurückweisung der Methoden der Militärkreise zum Ausdruck gebracht wurde. Aus der im Verlauf des Krieges mit China notgedrungen immer enger werdenden Zusammenarbeit mit dem Handels- und dem Finanzministerium wußte das Außenministerium Japans sehr gut über den Rückgang des devisabringenden Außenhandels und die Störungen in diesem Handel Bescheid, die aus den Maßnahmen und Sonderaktionen der Militärkreise auf dem Festlande entstanden. Das Außenministerium hatte zudem die Schwierigkeiten zu überwinden, die Japan aus den Protesten der Fremdmächte in China und der Nichtbeantwortung dieser Proteste entstanden, und die immer unversöhnlicher werdende Haltung der Fremdmächte Japan gegenüber auszubaden, und nicht das Kriegsministerium oder das Militär. Das Außenministerium sah sehr wohl, daß der Zeitpunkt immer näher rückte, in dem die Rolle der Militärs als Sieger auf den Schlachtfeldern entweder in sich zusammenbrach oder sich tothief, und dem eine andere Zeit folgen mußte, in der Japan andere als militärische Mittel würde anwenden müssen, um die errungenen Erfolge auch praktisch auswerten zu können. Es sah sehr gut, daß das Verhältnis Japans zu England sowohl als auch zu Amerika mit der Eroberung z. B. Hankau's<sup>13</sup> in keiner Weise für Japan günstig gelöst war, daß vielmehr erst jetzt das Verhältnis neu geformt werden müsse. Bei dieser Neuformung würde aber — nach dieser Auffassung — das rücksichtslose Vorgehen der Militärs, wie es aus der Praxis bekannt war, den viel Kunstfertigkeit, Geduld, Ausdauer und Kompromißbereitschaft erfordernden Aufbau gefährden.

Im Bestreben, der durch das neue Yüan-Geld in Nordchina verursachten Verwirrung möglichst schnell Herr zu werden, erließ die Provisorische Regierung kurz vor dem letzten Termin für die Einlösung der alten Fapi-Noten, d. h. also dem 11. 3. 39; eine Bekanntmachung, die das nordchinesische Gebiet in zwei recht ungleiche Teile aufteilte. In dem einen Teil, zu dem die Städte Peping, Tientsin<sup>8</sup>, Tsingtau<sup>12</sup>, Dsi-nan<sup>14</sup>, Schi-gia-dschuang<sup>15</sup>, Lin-fen<sup>16</sup> und Sin-hiang<sup>17</sup> zählten, und in denen die Federal Reserve Bank bereits Filialen oder Vertretungen unterhielt, sollte ausschließlich der neue Yüan gelten, während jeglicher Gebrauch von Fapi-Noten dort verboten blieb. Im anderen Teil Nordchinas, der durch keinerlei Bestimmungen oder auch nur Andeutungen geographisch gekennzeichnet war, im Vergleich zum erstgenannten Teil aber bedeutend ausgedehnter war, da er sich auf das ganze übrige Gebiet erstreckte, blieb der Umlauf der Fapi-Noten zu einem Kurse von 60 Fapi-Sen für einen nordchinesischen Yüan zugelassen. Angesichts der wirklichen Sachlage schien diese Lösung ein recht weitgehendes Kompromiß zu sein, auf das sich selbst die japanischen Militärbehörden haben einlassen müssen. Es wurde damit zugegeben, daß die Verdrängung des Fapi-Dollars aus Nordchina lediglich soweit als durchgeführt angesehen werden konnte, als die japanisch

besetzten Städte in Frage kamen. Und nicht nur das: das flache Land außerhalb der aufgezählten Städtewauern blieb vollständig im Machtbereich des Fapi-Dollars. Daran änderte auch die amtliche Festsetzung des Kurses von 60 zu 100 nichts. Der Kompromiß bewies nur, daß die bisher von der Provisorischen Regierung auf administrativem Wege getroffenen Maßnahmen wirtschaftlicher Natur allein noch nicht geeignet waren, dem gesamten nordchinesischen Gebiet, das angeblich von den japanischen Truppen beherrscht wurde, die Ordnung wiederzugeben, die unerläßliche Voraussetzung für einen wirkungsvollen Aufbau sein und bleiben mußte. Der programmäßige Verlauf der Befriedungsaktion sowohl als auch der Wirtschaftspläne in den 18 Monaten der Besetzung hätte eine solche Aufteilung des besetzten Gebietes überflüssig gemacht. So aber sah sich die Federal Bank genötigt, den Aufkauf der Fapi-gegen Yüan-Noten in den „Guerillazonen“, wie sie bezeichnet wurden, durch Errichtung neuer Filialen der Bank zu tätigen, um den Prozeß des Aufsaugens der Fapi-Noten auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Eine Frist für den Umtausch der letzteren in den „Guerillazonen“ wurde diesmal umsichtigerweise nicht festgesetzt. Es sollte sehr viel Zeit vergehen, ehe daran gedacht werden konnte, diese sehr mißliche Einteilung Nordchinas aufzuheben und sagen zu können, daß nunmehr Nordchina ganz unter der Herrschaft des Yüan stehe. Es versteht sich von selbst, daß eine solche Teilung des immerhin doch als Einheit gedachten Gebietes die Lage des Handels und der Wirtschaft überhaupt nicht erleichtern konnte und die Verwirrung im „Yenblock“ noch weiter trieb, als es ohnehin schon der Fall war.

Wang Ko-min<sup>18</sup>, der Präsident der Provisorischen Regierung in Peking, äußerte am Vorabend der Inkraftsetzung des neuen Außenhandelskontrollgesetzes, das gleichzeitig den Handel Nordchinas nach den Wünschen der japanischen Militärs sowohl als auch der Provisorischen Regierung ausrichten und den nordchinesischen Yüan auf dem Kurse von 14 *d* stabilisieren sollte, daß der Umlauf der neuen Noten den Betrag von 180 Mill. Yüan erreicht habe. Die neue Währung habe das Vertrauen der Bevölkerung Nordchinas gefunden und das nordchinesische Volk wünsche, den neuen Yüan-Noten jetzt den Charakter einer auch im internationalen Handelsverkehr gültigen Währung zu geben. Wang Ko-min fuhr dann fort: „Die Lage ist bis auf den heutigen Tag dennoch nicht ganz zufriedenstellend, da die neuen Yüan-Noten im Außenhandel den Kurs von 14 *d* gegen das Pfund noch nicht erreichen konnten, obgleich dieser Kurswert bei der Gründung der Bank festgesetzt worden war. Verschiedene Gründe sind für diese Lage verantwortlich. Mit Rücksicht auf bestimmte vorherrschende Bedingungen war der Umlauf alter Fapi-Noten neben den neuen Yüan-Noten zugelassen worden, obgleich eine beachtliche Entwertung der Fapi-Noten zu beobachten war. Durch die neue Verordnung werden die alten Fehler wieder gutgemacht, und der Yüan wird zur einzigen legalen Währung in Nordchina erhoben. Dadurch werden die neuen Noten nicht nur zur einzigen Binnenwährung, sondern gleichzeitig auch zur Währung für den Außenhandel. Unter diesen Umständen ist es notwendig, daß die

eingeleiteten Maßnahmen eine schnelle Entwicklung der Industrie bewirken. Die jetzt getroffene Maßnahme wird den Noten der Federal Reserve Bank die Fähigkeit verleihen, gegen Devisen zum festen Kurse von 14 *d* umtauschbar zu sein. Das wird die Bevölkerung in die Lage versetzen, das erforderliche Material für die Verwirklichung der Aufbaupläne zu kaufen, und gleichzeitig ihr Kaufvermögen für die aus dem Auslande eingeführten Waren steigern“.

In einer Erläuterung zum neuen Gesetz über den Außenhandel, die von der Bank selbst zur gleichen Zeit ausgegeben wurde, heißt es u. a.: „Das neue System enthält vielerlei charakteristische Züge, von denen der wichtigste die Einführung der Umtauschbarkeit der Noten dieser Bank gegen Devisen ist. Es ist die ernste Hoffnung der Bank, daß sowohl die Chinesen als auch die Fremdländer mit der Bank engstens zusammenarbeiten und der Erfüllung dieser bedeutungsvollsten Aufgabe ihre Unterstützung leihen“.

Eine Reuter-Information aus Tiëntsin<sup>8</sup> vom 8. März gibt die Meinung fremdländischer Geschäftskreise über die Neuordnung in Nordchina wieder. Mit dieser englischen Information dürften wohl die Meinungen französischer und amerikanischer Kreise identisch sein, da um die gleiche Zeit die Konsuln Englands, Frankreichs und Amerikas in Tiëntsin gegen die japanischen Maßnahmen Einspruch einlegten, der sich gegen die Abdrosselung der Niederlassungen in Tiëntsin richtete. Die Information besagt, daß der eigentliche Zweck der neuen Maßnahme sei, die fremdländischen Banken zur Annahme der Noten der Federal Reserve Bank zu zwingen und dadurch diesen Noten den Charakter der Devisen zu verleihen, den sie bisher nicht erlangen konnten. Es sei erklärt worden, daß nach dem 11. 3. die Fapi-Noten wertlos sein würden; da aber die Hauptmasse dieser Fapi-Noten im Inneren des Landes im Umlauf sei, erscheine es zweifelhaft, ob diese Verordnung großen Nutzen haben werde. Wenn die fremdländischen Regierungen ihren Staatsangehörigen erlauben, sich der neuen Ordnung zu fügen, so würde das gleichbedeutend mit der Zuerkennung des Rechtes an die Provisorische Regierung, die sie nicht anerkennen, sein, den Handel in Nordchina zu kontrollieren. Das würde unzweifelhaft zur Auflösung der fremdländischen Interessen führen, die in Jahrzehnte langer Arbeit aufgebaut wurden. Das letzte Ziel dieser Maßnahmen sei — wie aus dem mandschurischen Beispiel ersichtlich —, die fremdländischen Interessen zugunsten Japans auszumerzen. Das einzige Mittel, dem zu begegnen, sei, daß ähnliche Maßnahmen gegen die Japaner seitens der Heimatregierungen getroffen werden. Die energische Maßnahme der Provisorischen Regierung auf dem Gebiete des Außenhandels reizte demnach London zu weiterem Widerstand.

Die Provisorische Regierung sowohl als auch die japanischen Militärstellen in Nordchina wußten aber auch sehr gut, daß bei weitem nicht die gesamte Bevölkerung Nordchinas mit der neuen Regelung einverstanden war. Dazu kannten beide wohl zu gut den Charakter des chinesischen Durchschnittskaufmannes einerseits und hatten sie andererseits im Yen-Pfund-Krieg schon genug Erfahrungen gesammelt, um zu erkennen, daß der nationalchinesische — oder wie sie sagten: der kommunistisch-chinesische — Widerstand gegen

die Neuordnung in Nordchina nicht mit einfachen Verordnungen zu brechen war, von denen zudem die den Nationalchinesen verbündeten Fremdländer nur sehr mittelbar betroffen wurden. Parallel mit der Verordnung über das Außenhandelskontrollgesetz wurde dann eine andere Verordnung veröffentlicht, die am 12. 3. 1939 in Kraft trat und folgenden Wortlaut hatte:

„Par. 1. Das vorliegende Gesetz wird denjenigen gegenüber angewandt, die sich nachstehender Vergehen schuldig machen: a) Verstoß gegen das Währungssystem, b) Hortung, Transport oder Inumlaufsetzung von Währungen außer den neuen Yüan-Noten. Auch Versuche, andere Noten in Umlauf zu setzen sind strafbar. Noten der mongolischen Bank und Devisen sind von dem Verbot ausgenommen. Par. 2. Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu 10 Jahren sowie Geldstrafen von 500 bis zu 10000 Yüan sind als Strafen für die in Par. 1 erwähnten Vergehen festgesetzt. Par. 3. Geldstrafe kann zusätzlich zur Gefängnisstrafe verhängt werden. Par. 4. Im Falle, daß Fapi-Noten zu verbrecherischen Zwecken benutzt werden, wobei auch Versuche hierunter fallen, wird ein Teil des hierzu verwendeten Betrages beschlagnahmt. Erscheint die Beschlagnahme unmöglich, so wird eine zusätzliche Summe als Strafgeld auferlegt. Par. 5. Das vorliegende Gesetz soll für 5 Jahre Gültigkeit haben.“

Die „Ösaka Mainichi“ veröffentlichte diese Verordnung und schickte ihr einen Kommentar voraus, in dem es u. a. heißt: „Strenge Strafen, wie sie bisher noch niemals in der Währungsgeschichte Chinas vorgekommen sind, stehen auf Vergehen gegen die Verordnung. Das zeigt, wie aufrichtig und ernst die Provisorische Regierung die Vereinheitlichung der Währung in Nordchina ansieht.“

Es kann mit einiger Gewißheit angenommen werden, daß diese strenge Strafandrohung sich sowohl gegen die einheimische Bevölkerung richtete, als auch mittelbar gegen Ausländer. Das nordchinesische Geschäft der Fremdländer war und blieb ohne aktive Mitarbeit der einheimischen Bevölkerung nicht denkbar. So mußte auf indirektem Wege die Strafandrohung, die sich direkt natürlich nur gegen die Chinesen richten konnte, auch die Fremdländer, wenn nicht vom Geschäft in Fapi-Noten mit einheimischen Chinesen ganz abhalten, so doch in ihrer Bewegungsfreiheit einschränken.

Man versprach sich japanischerseits viel von diesen, am 11. März 1939 in Kraft gesetzten Verordnungen. Allerdings nicht so viel für die Hebung des Lebensstandards der nordchinesischen Bevölkerung oder für einen Aufschwung in Industrie und Handel Nordchinas, um so mehr aber für einen günstigen Verlauf des Krieges des Yen gegen das Pfund. „Trotz der britischen Anleihen an China und der verschiedenen Versuche der chinesischen Nationalregierung zur Stabilisierung ihrer Währung wird die chinesische Nationalwährung innerhalb eines halben Jahres zusammenbrechen und damit das Ende der Währungsschlachten zwischen Japan und der Guo-min-dang<sup>19</sup> erreicht sein.“ So schrieb am Tage nach dem Erscheinen der nordchinesischen Verordnungen, d. h. also am 12. 3. 1939, das japanische Blatt „Shanghai Mainichi“. Bemerkenswert sind auch die weiteren Ausführungen des Blattes zu diesem Thema:

„Selbst wenn die neue Währungsregelung in Mittel- und Südchina an sich ohne große Wirkung bleiben wird, so wird der Strom der alten Fapi-Noten aus dem Norden durch verschiedene Kanäle bombenähnliche Explosionen in der Guo-min-dang verursachen. Wenn China nicht die britische Anleihe in Höhe von 5 Mill. Pf. St. erhalten hätte, so wäre vermutlich der Zusammenbruch der Fapi-Währung beschleunigt worden. Das Leben der Fapi-Währung wird kurz befristet sein, da die Stützungsfonds von 10 Mill. Pf. vermutlich nicht länger als 6 Monate anhalten werden“.

Hier kommt das eigentliche Ziel, der wirkliche Zweck der ganzen Reformen, von der Schaffung der Federal Reserve Bank in Peking bis zur Inkraftsetzung der Gesetze über die Außenhandelskontrolle, deutlich und unmißverständlich zum Ausdruck: Es ist dies die Schwächung der nationalchinesischen Währung bis zu ihrem völligen Zusammenbruch, der Krieg zwischen Yen und Yüan, zwischen Yen und Pfund Sterling. Man hatte in Tōkyō inzwischen erkannt, wo der eigentliche Feind saß, glaubt, ihn am besten durch die Entwertung der nationalchinesischen Währung treffen zu können. Die Erfolge auf den Schlachtfeldern traten immermehr in den Hintergrund. Die anfänglich so hoch in den Himmel gehobene Bedeutung der japanischen Armee, der nichts widerstehen konnte, die alles in Feindesland überrannte, deren Mut, Ausrüstung, Führung den Feind vernichtete, wo sie ihn antraf, alles dieses schien nicht nur in Vergessenheit zu geraten, sondern auch auf der einen wie auf der anderen Seite als völlig überflüssige Erscheinung einer bösen Vergangenheit in der Erinnerung zu spuken. Den japanischen Truppen in Feindesland schien seit dem Mai 1939 jede Möglichkeit abhanden gekommen zu sein, sich militärisch auch nur mit einem Mindestmaß an Erfolg zu betätigen. Schlachten fanden nur selten statt, meist blieben es Zwischenfälle unbedeutendster Art mit umherstreifenden Freicorps der Chinesen. Immer deutlicher trat dagegen die Auseinandersetzung der Währungen in den Vordergrund, bis der Ermattungskrieg in allen seinen Teilen, auf allen Fronten einsetzte, eine Art der Kriegführung auf den Schlachtfeldern, die der nationalchinesischen Regierung unter den gegebenen Umständen am meisten lag, und von der sie am meisten und ehesten sich Erfolge versprechen konnte.

Verworren und verwickelt waren die Fronten in diesem Ermattungskrieg der Währungen. Wie sehr die Japaner selbst zugunsten der Nationalregierung arbeiteten und dies auch selbst erkannten, zeigt die Tatsache, daß japanische Handelskammern in Nordchina am Tage der Inkraftsetzung der neuen Maßnahmen nach Tōkyō das Ersuchen drahteten, diese Maßnahmen wenigstens auf vier Monate auszusetzen. Ohne Erfolg. Die japanischen Militärstellen bestanden auf ihrem Vorhaben. In Tōkyō wurden von der französischen, englischen und amerikanischen Botschaft am 13. 3. gleichzeitig Protestnoten überreicht, in denen gegen den Umlauf der Noten der Federal Reserve Bank Einspruch erhoben wurde. Diese Noten stünden in Widerspruch zu den Handelsverträgen, an denen die protestierenden Mächte interessiert seien,

und widersprechen dem Grundsatz der Offenen Tür und der gleichen Möglichkeiten. Die japanische Antwort hierauf lautete, daß Japan in gleicher Weise wie die anderen Mächte von diesen Maßnahmen betroffen würde. Die japanische Regierung betrachte die Einsprüche als nicht stichhaltig und lehne sie daher ab.

Es vergingen zwei Tage, an denen keinerlei geschäftliche Abschlüsse nach der neu eingeführten Ordnung erfolgten. Am dritten Tage konnte die Federal Reserve Bank drei Abschlüsse registrieren, die ihr zusammen den Betrag von rund 8000 Pf. in Devisen brachten. Die Agentur Kokutsai<sup>20</sup> äußerte sich hierüber dahin, daß diese Abschlüsse mit fremdländischen Firmen (über Eier und Teppiche) als ein gutes Omen für den Beginn anzusehen seien. Die Finanz- und damit auch die Wirtschaftskraft der Bank und der Provisorischen Regierung hätte sich ohne Zweifel günstig entwickelt, wenn selbst solche wenig umfangreichen Abschlüsse in größerer Zahl und ständig zustandegekommen wären. Die störenden Begleiterscheinungen aber hatten nach wie vor das Übergewicht und überwucherten sogar diese legalen, den Wünschen und Bestrebungen Japans und der Provisorischen Regierung entsprechenden Abschlüsse. Zu diesen Begleiterscheinungen zählte u. a. auch der Umstand, daß der Kurs für den Yen in Schanghai auch zu diesem Zeitpunkt ein wesentlich niedrigerer als in Peking oder Tientsin war. Hier galt der 14 *d* Kurs für den Yen wie für den Yüan, während der nordchinesische Yüan in Schanghai amtlich überhaupt nicht und der Yen nur 9 *d* galt. Diese Erscheinung wirkte sich u. a. auch auf die mandschurische Ausfuhr sehr unvorteilhaft aus. Nach japanischen Berichten wurden im Laufe des Februar 1939 77 000 to Ölkuchen nach China verfrachtet, von denen die weitaus größte Menge nach Tientsin ging. Die Nachfrage Tientsin's nach Ölkuchen wird japanischerseits als in der Regel sehr flau bezeichnet, so daß die bestimmte Annahme vorlag, daß die Ölkuchen aus Tientsin weiter nach Swatou<sup>21</sup>, Amoy<sup>22</sup> und Kanton<sup>23</sup> transportiert wurden. Diese Transaktionen sollen von den fremdländischen Banken in Tientsin ausgeführt worden sein, die recht erhebliche Gewinne durch den Kursunterschied erzielten. Bezeichnend erscheint in diesem Zusammenhang der Kommentar, der japanischerseits an diese Information angefügt wird: „Angesichts solcher ungesetzlicher Transaktionen äußerte ein Beamter des Zollamtes Dairen<sup>24</sup>, daß er von solchen Fällen gehört habe, aber die Angelegenheit hauptsächlich mit den Behörden in Nord- und Mittelchina geregelt werden müsse. In Nordchina werde die jetzt eingeführte neue Regelung des Außenhandels zur Einstellung solcher Transaktionen beitragen.“ Dairen wollte sich an dem immer heißer werdenden Ofen des Yenblocks nicht die Hände verbrennen.

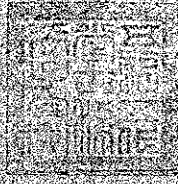
Japanische, „mandschurische“, chinesische und fremdländische Geschäftsleute sahen deutlich, daß, wenn es bei der alten Ordnung verblieben wäre, der Außenhandel Japans, der Mandchurei und Nordchinas kaum gelitten hätte. Sie sahen aber auch, daß ein Umbau der Systeme des Außenhandels dieser Länder unvermeidlich wurde, wenn von diesem Zweig der Wirtschaft aller betroffenen Länder überhaupt noch irgend ein Vorteil oder Gewinn

erwartet werden sollte. Im Ermattungskrieg war es nicht wesentlich, daß der eine oder der andere Kaufmann viel oder wenig verlor, unter Umständen sogar seiner Gewinne gänzlich verlustig ging. Es kam lediglich darauf an, daß der Gegner im ganzen zur Ermattung gebracht werden konnte. Günstige Umstände und planmäßiges Vorgehen der Chinesischen Nationalregierung ließen immer deutlicher erkennen, daß der Lauf der Ereignisse trotz des sehr großen Gebietsverlustes China recht bedeutende Vorteile im Ermattungskrieg brachte. Es soll nicht verkannt werden, daß Japan auch in dieser Entwicklung fraglos in der Lage war, die militärischen Operationen in Feindesland noch sehr lange fortzuführen. Wie ersichtlich, kam es aber nicht mehr auf die militärischen Erfolge allein an, sondern zu einem sehr bedeutenden Teil auf die wirtschaftliche und wehrwirtschaftliche Kraft und Möglichkeit des jeweiligen Landes. Das auf dem Festlande und an der Küste geschlagene, nach japanischer Auffassung von der Außenwelt so gut wie abgeschlossene China hatte — wie die „Schanghai Mainichi“ ausführte — nur noch bis zum September 1939 zu leben. Zu diesem Zeitpunkt mußte die Währung zusammenbrechen und unter ihren Trümmern die Dschung-king<sup>4</sup>-Regierung begraben. Nichts ließ aber erkennen, daß die Prophezeiung in irgendeiner Form in Erfüllung gehen würde. Der Erfolg Japans aber, der in dieser Situation zu verbuchen war, ließ sich in der Tatsache erkennen, daß die nationalchinesische Währung trotz der englischen Stützungsaktionen, trotz der amerikanischen Silberpolitik, ins Gleiten kam. Das hatte aber auch für Japan insofern einen Nachteil, als — abgesehen von den Folgen dieser Erscheinung in Mittelchina — der Kursunterschied zwischen Yen und Fapi und damit auch der Anreiz für die Spekulation und wiederum damit die Gefahr für den Yen selbst immer größer wurde. So konnte unter Umständen der Erfolg Japans im Ermattungskrieg gegen den nationalchinesischen Yüan, also im Kriege des Yen gegen das Pfund, zu einem Fiasco werden, wenn sowohl das japanische Chinageschäft, das bisher Devisen einbrachte, in der einen oder anderen Form aufhörte, als es auch Japan nicht gelang, sich in diesem Ermattungskrieg rechtzeitig vom Feinde zu lösen, der ihn mit sich in das Verderben reißen mußte. Die japanische Regierung hatte gar nicht so unrecht, wenn sie die fremdländischen Einsprüche gegen die Schließung der Offenen Tür in Nordchina mit dem Hinweis als unbegründet zurückwies, daß Japan nicht minder schwer von den neuen Maßnahmen betroffen würde als die Fremdländer. Wenn es angängig gewesen wäre, hätte das Außenministerium den Botschaftern von England, Amerika und Frankreich eine ganze Liste von Protesten und Einwendungen seitens japanischer Firmen, Handelskammern und Vereinigungen vorzeigen können, die sich alle mit der Benachteiligung japanischer Unternehmen in Nordchina befaßten und versuchten, Mittel und Wege zu empfehlen, die diese Störungen beseitigen könnten. Diese Proteste und Einwendungen waren durchaus aufrichtig gemeint, sie erfuhren aber kein anderes Schicksal als die Proteste der fremdländischen Mächte.



趙文敏秋芙蓉蓮塘圖

秋芙蓉蓮塘



滿天秋去老蓮  
 塘枯草低垂  
 香粉沾眼淚  
 幾自重檢神  
 微不覺苦心  
 野侶爭輸外  
 穿風入第一  
 是尺短回波  
 古筆逐新除  
 生味  
 乙酉秋趙

風動輕盈波滿塘  
 荷葉上獨禽翔別  
 傳秋去則秋蓮  
 粉香珠翠氣  
 水天如夢久  
 盤方依  
 於空合同書  
 在小幅挺成  
 趙文敏  
 原圖此情  
 愛其筆  
 委備有  
 物似已  
 意用舊  
 題款  
 什日  
 乙酉  
 甲申  
 丁巳  
 庚辰  
 辛巳  
 壬午  
 癸未  
 甲申  
 乙酉  
 丙戌  
 丁亥  
 戊子  
 己丑  
 庚寅  
 辛卯  
 壬辰  
 癸巳  
 甲午  
 乙未  
 丙申  
 丁酉  
 戊戌  
 己亥  
 庚子  
 辛丑  
 壬寅  
 癸卯  
 甲辰  
 乙巳  
 丙午  
 丁未  
 戊申  
 己酉  
 庚戌  
 辛亥  
 壬子  
 癸丑  
 甲寅  
 乙卯  
 丙辰  
 丁巳  
 戊午  
 己未  
 庚申  
 辛酉  
 壬戌  
 癸亥

